

dpa vom 07.07.2015:

CDU kritisiert Regierung wegen dramatischer Lage in Aufnahmeestelle

Düsseldorf (dpa/lnw) - Die CDU hat der Landesregierung die Schuld für die angespannte Lage in der Erstaufnahmestelle für Asylbewerber in Dortmund zugeschoben. «Die Flüchtlingsunterbringung in Nordrhein-Westfalen gleicht immer mehr einer Bankrotterklärung der gesamten Landesregierung», sagte der stellvertretende CDU-Landtagsfraktionschef André Kuper am Dienstag in Düsseldorf. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) schaue zu, wie Menschen, die vor Krieg und Terror geflohen seien, unhaltbaren Zuständen ausgesetzt würden. Die Oppositionspartei forderte die Regierungschefin auf, «auch unbequeme Entscheidungen» zu fällen.

Die Erstaufnahmestelle im Dortmunder Stadtteil Hacheney hatte am Montagnachmittag einen Aufnahmestopp verhängt, da die Zahl der Anmeldungen bis zum Abend nach Schätzungen doppelt so hoch gewesen wäre wie in den Planungen vorgesehen. Bereits in den vergangenen Tagen war die Zahl der Menschen auf dem Gelände der Stelle teilweise dreifach so hoch wie eigentlich erlaubt. Nachdem auch für Montag mit einer deutlichen Überbelegung gerechnet wurde, setzte die Behörde erstmals einen neuen Notfallplan um. Am späten Montag erklärte sich die Stadt Hamm bereit, bis zu 300 Menschen aufzunehmen